

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreiecksaufdruck: Nachrichten Dresden
Bemerkung: Sammelnummer: 25 241
Kurz für Nachdrucke: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. November 1927 bei der tägl. weinmaligen Auflösung drei Ausgaben 1.50 Mk.

Büchergeschenk für Monat November 1. Mark ohne Volumenzuschlag.

Einzelausgabe 10 Pfennig.

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet die einzelpolige zu dem beigegebenen Preis.

Zeitung für auswärts 10 Pfennig. Familienanzeigen und Stellenanzeige ohne

Rabatt 15 Pf. außerhalb 25 Pf., die zu einer breite Reklameseite 200 Pf. außerhalb 50 Pf. Überangebote 100 Pf. Zusatz 100 Pf. ohne Vorauszahlung.

Veröffentlichung und Komplettblätter
Marienstraße 38 42
Druck u. Verlag von Ulrich & Reichardt in Dresden
Postleitzahl-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten“ erlaubt. Unverlängerte Schriftstücke werden nicht durchbewahrt.

Krisenmache zum Reichstagsbeginn.

Die Sprengungsversuche der Linken. — Sitzung des Reichskabinetts am Dienstag.

Morgen Beginn der Reichstagsession.

Berlin, 21. Nov. Der Reichstag tritt jetzt in seine parlamentarische Wintertagung ein. Die erste Sitzung findet morgen Dienstag, nachmittags 3 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht neben kleinen Vorlagen das Handelsabkommen mit Frankreich. Einzelne Fraktionen haben Besprechungen einberufen. So treten die Demokraten heute nachmittag zusammen die Deut. Nationalen und die Deutsche Volkspartei am Dienstag vor der Plenarsitzung.

In politischen Kreisen beschäftigt man sich bereits lebhaft mit dem, was die WinterSession des Reichstags bringen wird. Man macht daraus aufmerksam, daß es von den Entscheidungen der nächsten Wochen abhängen wird, ob wir auch in diesem Jahre wieder

die übliche Weihnachtskriege

bekommen. Besonders stark im Geschäftsmachen sind natürlich wieder die Demokraten beteiligt. Vor allem wird eine Rede des Zentrumabgeordneten von Guérard unterstrichen, aus der die Demokraten starke Gegenseite zwischen Zentrum und Deut. Nationalen Volkspartei herauslesen haben wollen. Herr von Guérard sei sogar so weit gegangen, daß er im Hinblick auf zukünftige Regierungskombinationen die Sozialdemokratie als für das Zentrum durchaus koalitionsfähig hält hätte. Auch die Deutsche Volkspartei, deren Zentralvorstand heute in Braunschweig tagt, wird in diese vorläufig noch vollkommen unbegründete demokratische Geschäftsmacherie mit hineingezogen.

Von demokratischer Seite versucht man wiederum das Reichstagsgesetz als Sprengmittel zu verwenden. Tatsache ist, wie zugegangen werden muß, daß sich das volksparteiliche Mitglied des Schulabschlusses Abg. Dr. Nunkel in der Nationalliberalen Korrespondenz mit einer nicht genannten Entscheidtheit gegen die deutschnationale Stellung in der Schlafkrieg wendet. Alles in allem dürfte die morgen beginnende WinterSession eine gewisse Anzahl von Schwierigkeiten bringen, ohne daß man heute bereits als sehr wahrscheinlich erachten kann, daß sich aus diesen Schwierigkeiten unmittelbar Krisen ergeben würden.

Dem Reichstage ist jetzt der Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat

zugegangen. Er soll nach der Vorlage aus 151 ständigen Mitgliedern bestehen, die von der Reichsregierung auf Grund von Vorschlägen der Vertreter der Unternehmer, der Arbeitnehmer und sonst beteiligter Volkskreise oder auf Grund von Ernennungen durch die Reichsregierung oder den Reichsrat einberufen werden.

Aus einer civilistischen Bemerkung des Reichswirtschaftsministers ergibt sich, daß für die Annahme des Gesetzes die erforderliche verfassungsgärdende Mehrzahl anzustimmen ist. Der Gesetzentwurf hat bereits dem Reichsrat vorgelesen, der sowohl seinem Inhalt wie auch der notwendigen Verfassungsänderung mit der vorgeschriebenen Stimmenzahl abgestimmt hat.

Von 5,4 auf 11,9 Milliarden Mark!

Der Aufschubbedarf der öffentlichen Verwaltung vor und nach dem Kriege.

Berlin, 21. Nov. Das Statistische Reichsamts veröffentlicht als vorläufige Ergebnisse der in Durchführung befindlichen großen Finanzstatistik den „Aufschubbedarf der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich“ in den Rechnungsjahren 1918/19, 1925/26. Als Aufschubbedarf gilt dabei der Teil der Ausgaben, der durch Steuern, Zölle, Betriebs- und Überschüsse und sonstige Vermögensentnahmen gedeckt wird. Der gesamte Aufschubbedarf der öffentlichen Verwaltung (Reich, Länder und Gemeinden) betrug 1918 für das jene Kriegsjahr 5,4 Milliarden Mark (auf den Kopf der Bevölkerung 11,58 M.). und im Rechnungsjahr 1925/26 11,9 Milliarden Mark (auf den Kopf der Bevölkerung 19,2 M.). Der Aufschubbedarf ist demnach um 6,5 Milliarden gestiegen und damit die Belastung auf den Kopf der Bevölkerung um 10,8 Prozent.

Der Mehrbedarf 1926 gegenüber 1918 wird in erster Linie bedingt durch die unmittelbaren und mittelbaren Ausgaben infolge des Krieges. Allein die inneren und äußeren Kriegsaufgaben erforderten einen Mehrbedarf von 2,7 Milliarden 11,8 Milliarden Kriegsaufgaben, d. h. Versorgungsgebühren und so weiter, und 0,9 Milliarde Mark äußere Kriegsaufgaben). Der daneben wichtigste Mehrbedarf tritt bei der Wohlfahrtsaufwendung auf.

Das gesamte Wohlfahrtswesen einschließlich der Erwerbssozialfürsorge und des Wohnungsbewerbs erforderten 1918 nur einen Bruchteil von 570 Millionen,

im Jahre 1925 dagegen 2840 Millionen Mark. Der Aufschubbedarf ist hier also um 2,3 Millionen gestiegen. Auch dieser Mehrbedarf muß in erster Linie auf den Arbeiteraufschub hindeuten. Die Steigerung auf den übrigen Verwaltungsaufgaben ist generell den Lohnen bei den Arbeiter- und der Wohlfahrtsaufwendung nicht von so wesentlicher Bedeutung. Zu nennen sind noch die Volks- und Fortbildungsaufgaben mit einem Mehrbedarf von 400 Millionen Mark und die Polizei mit einem solchen von 450 Millionen Mark.

Die Behandlung des Rentnergesetzes.

Im Kabinett am Dienstag, im Ausschuß am Mittwoch.

(Durch Funkspur.)

Berlin, 21. November. Wie das Nachrichtenbüro des D. R. B. hört, wird sich das Reichskabinett am Dienstag mit dem von den Demokraten eingebrachten Entwurf eines Rentnerverpflichtungsgesetzes beschäftigen und voraussichtlich endgültig zu diesem Entwurf eine Stellung nehmen. In der Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags am Mittwoch wird eine Regierungserklärung darüber erwartet.

Die Verkündigung der ursprünglich für den Dienstag vorgesehenen Sitzung des Sozialausschusses auf den Mittwoch ist auf ein Schreiben des Reichstagsanzlers an den Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses zurückzuführen, in dem Dr. Marx mitteilt, daß es infolge seiner Abwesenheit von Berlin und der Notwendigkeit, den Reichshaushalt alsbald festzustellen, dem Kabinett bisher nicht möglich war, an dem von demokratischer Seite eingebrachten Entwurf eines Rentnerverpflichtungsgesetzes endgültig Stellung zu nehmen. Da verschiedene Reichsminister gegenwärtig dienstlich von Berlin abwesend sind, werde fröhlichst am morgigen Dienstag die Entstehung des Kabinetts berücksichtigt werden können.

Derneur richtete der volksparteiliche Abg. Dr. Molchner an den sozialpolitischen Ausschuß ein Schreiben, in dem einem sozialdemokratischen Redner, der die Verwaltungskosten der Deutschen Unfallversicherung, die mit 10 Prozent beziffert werden, als unerhört hoch bezüglich hatte, folgendes erwidert wird: „Wenn man berücksichtigt, daß die Berufsgenossenschaften über ein sehr weites Feld erstrecken, daß Unfallversicherungs- und Heilversfahren sie demnach vor schwierigste Verwaltungsaufgaben stellen als die Krankenkassen, die öffentlich begrenzt sind, so kann man einen Satz von 10 Prozent, der nur wenig über die Verwaltungskosten der Ortskrankenhäuser hinausgeht, unmöglich als unerhört bezeichnen.“

Nationalliberale und Deutschnationale in Bayern.

Nürnberg, 21. November. Dem Nürnberger Vertretertag der nationalliberalen Partei Bayeras wurde gestern das vom Parteivorstand gebilligte Abkommen mit der Deutschnationalen Volkspartei zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt. Danach schließen sich die Parteien zu gemeinsamer politischer Arbeit auf Grund besonderer Vereinbarungen zusammen. Von den 103 Abwesenden enthielten sich vier der Stimme, während die übrigen dem Abkommen zustimmten. An den Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei Bayeras wurden die beiden bayerischen Nationalliberalen Parteiführer in Bayern, Geheimrat Sachs und Professor Dr. Lent, entsandt.

Eine Berringerung des Bedarfs von erheblicher Bedeutung ist demgegenüber nur bei der Wehrmacht eingetreten, die 1925 nur 665 Millionen Mark Aufschubbedarf gegenüber 1,7 Milliarden Mark 1918 aufweist.

Im Rechnungsjahr 1925/26

bauen folgende Gebiete den höchsten Aufschubbedarf: Gesamte Wohlfahrtspflege 2,8 Milliarden (davon allgemeine Fürsorge und Gesundheitswesen 1,4 Milliarden, Wohnungsmaßen 0,7 Milliarden), Kriegsaufgaben 2,7 Milliarden, Volkss- und Fortbildungsschulen 1,2 Milliarden Mark. Auf diese Verwaltungsbereiche entfallen allein 56,5 v. H. des gesamten Aufschubbedarfs. Alle übrigen Verwaltungen erfordern daher weniger als die Hälfte des gesamten Aufschubbedarfs. Zu nennen sind hier noch oberste Staatsorgane und allgemeine Verwaltung mit 670 Millionen Mark. Polizei mit 650 Millionen. Wehrmacht mit 625 und Verkehrsweisen einschließlich Strafen, Wege und Wasserstraßen mit 75 Millionen Mark.

Die Mecklenburger Kommunalwahlen.

Stadt überall bürgerliche Mehrheiten.

Schwerin, 21. November. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der gestrigen mecklenburgischen Stadtverordnetenwahlen kann in fast allen Städten eine bürgerliche Mehrheit festgestellt werden, und zwar in Tönis, Wittenburg, Arnswalde, Ludwigslust, Waren und Neustadt-Glewe.

Der neue Gesandte Finnlands in Berlin.

Berlin, 21. Nov. Der neue Gesandte Finnlands in Berlin, der frühere finnändische Verkehrsminister, Wulffööki, ist heute in Berlin eingetroffen und wird dem Reichspräsidenten demnächst sein Beglaubigungsschreiben unterbreiten.

Der bisherige finnische Gesandte bei der Reichsregierung, Dr. Holmar, ist Sonntag abends von hier abgereist. Eine ansehnliche Gesellschaft von Diplomaten und Vertretern des Auswärtigen Amtes hatte sich zum Abschied auf dem Bahnhof eingefunden. Dr. Holmar ist nach Paris verfehlt worden.

Berlin, 21. Nov. Venennoo Hauptmann, der Sohn Verhart Hauptmanns, der vor einiger Zeit als Attaché in das Auswärtige Amt eingetreten war, hat seine Vorbereitungen zur diplomatischen Karriere abgebrochen.

Die französischen Militärmissionen im Ausland.

Die Berufung einer Anzahl ehemaliger deutscher Offiziere und Unteroffiziere nach Polen zur Neorganisation der dortigen Armee wird in der französischen Presse als Entsendung einer deutschen Militärmission und im Zusammenhang damit als ein Verstoß Deutschlands gegen den Art. 179 des Vertrages von Verdun hingestellt, der Deutschland verpflichtet, keine Militärmissionen ins Ausland zu entsenden. Diese Ausstellung ist natürlich gänzlich ungültig. Es handelt sich hier nicht um die Entsendung einer deutschen Militärmission, sondern um eine reine Privatangelegenheit einer Anzahl ehemaliger deutscher Offiziere und Unteroffiziere, die noch dazu gar nicht deutsche Staatsangehörige, sondern Angehörige des Freistaates Danzig sind. Auf der anderen Seite aber gibt der Vorm. den Französischen Presse deswegen Schätz, Gelegenheit, sich einmal etwas eingehender mit den Militärmissionen zu beschäftigen, die Frankreich im Ausland unterhält. Von ihnen sind die wichtigsten die französischen Militärmissionen in Polen und in der Tschecho-Slowakei.

Die französischen Militärmissionen in Polen und in der Tschecho-Slowakei bestehen seit dem Frühjahr 1919. Ihre Stärke betrug ursprünglich in Polen 9 Generale, 29 Obersten, 68 Majore, 196 Hauptleute, 432 Oberleutnants und Leutnants und 210 Unteroffiziere und Mannschaften, in der Tschecho-Slowakei 70 Offiziere und 30 Unteroffiziere und Mannschaften. Ihre Hauptaufgabe besteht in dem Aufbau der polnischen bzw. tschecho-slowakischen Wehrmacht, in der Organisation der Landesverteidigung durch Ausarbeitung der Mobilisationspläne und in der Ausbildung und Bewaffnung der polnischen bzw. tschechoslowakischen Armee nach französischem Muster. Beide Armeen sollen durch eine möglichst weitgehende Durchsetzung mit französischen Offizieren zu Instrumenten der französischen Machtpolitik in Europa gemacht werden. Die Mitglieder beider Missionen wurden dementsprechend ausschließlich vorwiegend in den höheren Kommandostufen bis zum Regimentskommandeur abwärts, im Generalstab und schließlich als Kommandeure und Lehrer militärischer Bildungsauktions verwendet. Mit dem Fortschreiten der Heeresorganisation in Polen und der Tschecho-Slowakei sind beide Missionen im Laufe der Jahre zwar erheblich vermindernt worden, sie dürfen heute aber immerhin noch in beiden Ländern mindestens 30 bis 40 Offiziere umfassen, die sich als Lehrer bei den verschiedenen Militärschulen und als Berater bei den Generalstäben und höheren Kommandobehörden befinden. An ihrer Spitze steht in Polen zurzeit der General Charpy, ein früherer Kabinettschef des französischen Kriegsministers Painlevé, in der Tschecho-Slowakei General Faucher, der mehrere Jahre hindurch Stellvertreter des tschechoslowakischen Generalstabchefs gewesen ist. General Charpy hat im vergangenen Jahre den bekannten General Dupont, den ehemaligen Vorsitzenden der deutsch-polnischen Grenzfesteungskommission, General Faucher umfassend zur gleichen Zeit den General Mittelhauser abgelöst, nachdem die Leitung der Missionen vorher längere Zeit in Polen in den Händen der Generale Henry und Nieselt und in der Tschecho-Slowakei in der Hand des Generals Pelle, des ehemaligen Generalstabchefs des Marschalls Joffre während des Weltkrieges, gelegen hatte.

Die beiden Militärmissionen in Polen und in der Tschecho-Slowakei haben sich dort nie einer sehr großen Bedeutung erfreut. Der Grund hierfür lag einmal in dem den französischen Offizieren eigenen hochmütigen Aufstreben gegenüber ihren polnischen bzw. tschechoslowakischen Kameraden, dann aber in dem mit dem Fortschreiten der Heeresorganisation immer stärker hervortretenden Bestreben der letzteren, die Führung ihrer Armeen in die eigene Hand zu nehmen. Alles dies hat aber nichts daran ändern können, daß die beiden Militärmissionen in Polen und in der Tschecho-Slowakei auch heute noch entscheidende Einfluß auf die Gestaltung der militärischen Verhältnisse in den beiden Ländern ausüben und dort noch immer eine der Hauptstellen der französischen Machtpolitik bilden. Außer ihnen unterhält Frankreich zurzeit noch Militärmissionen einmal in Griechenland in Brasilien, Peru und Uruguay.

Die französische Militärmision in Griechenland besteht aus 20 Offizieren aller Waffen, die, wie in Polen und der Tschecho-Slowakei, vornehmlich als Lehrer an den griechischen Militärschulen und als Berater verwandt werden. Sie folgte im März 1925 der Mission des Generals Grammat, die u. a. eine recht zweifelhafte Rolle bei den französischen Attirages gegen König Konstantin gespielt hatte und von diesem deshalb auch vorübergehend ihrer Stellung entzogen worden war. An ihrer Spitze steht zurzeit General Girard, der zugleich die Stellung eines Generalinspekteurs des griechischen Heeres bekleidet und als solcher auch die letzten größeren Handlungen geführt hat, die im vergangenen Sommer in der Gegend von Saloniaki stattgefunden haben. Über die französischen Militärmisionen in Brasilien, Peru und Uruguay ist nur wenig bekannt geworden. Sie dürften aber wohl die gleiche Stärke haben, wie die französische Militärmision in Griechenland. Bei der Mission in Brasilien hat vor einigen Tagen ein Wechsel in der Stellung des Missionschefs stattgefunden, General Henrys, der diese